

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 16 (1975)
Heft: 20

Artikel: Alternativen oder Varianten? : In Portugal ist die KP einstweilen gebremst, aber die neuen Optionen sind deswegen noch nicht demokratisch
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095027>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

In Portugal ist die KP einstweilen gebremst, aber die neuen Optionen sind deswegen noch nicht demokratisch

Alternativen oder Varianten?

Mario Soares hat in seinem Interview für das westschweizerische Fernsehen am 23. September gesagt, in Portugal habe die Diktatur Cunhals aufgehört, aber die Gefahr der Diktatur sei damit noch nicht gebannt.

Tatsächlich hat die Phase der unaufhaltsam wirkenden Machtergreifung durch die prosowjetische KP ein Ende genommen. Aber es geht nicht nur darum, dass die Gefahr einer (und dieser) Diktatur fortbesteht, sondern auch darum, dass selbst in der neuen Konstellation die Chancen der Demokratie noch keineswegs gewahrt sind.

● Die KP selbst hat nicht ausgespielt. Sie behält ihre zuvor angeeignete Präsenz in den politischen Strukturen, in den Gewerkschaften, in den Massenmedien. Sie behält ein abgestuftes Einschüchterungspotential gegenüber Partnern, die auf Zusammenarbeit mit ihr nicht verzichten wollen oder können.

● Die anerkannten Koalitionspartner in der Regierung vertreten lediglich jene linke Auswahl, die bei der Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung vom April zugelassen war. Das ist kein demokratischer Fächer. Jene Volksmassen in Nordportugal zum Beispiel, deren Aufruhr diesen Sommer die politische Wende an der Spitze überhaupt möglich gemacht hatte, haben

«oben» weder Sitz noch Stimme. Dabei repräsentiert ihr schlichtes «Nein» zu jeglichem Kommunismus den Volkswillen viel eher als das schattierte «Ja, aber...» der andern Parteien.

● Es ist eine Illusion, den neuen Variantenreichtum in der MFA als politischen Pluralismus zu verstehen. Auch die sogenannten «gemässigten» Offiziere (Gruppe der Neun) sind keine «Demokraten in Uniform». Sie bekennen sich zum Marxismus, wollen innerhalb von drei Jahren ein Rätssystem einführen und lehnen die Sozialdemokratie als «Weg zum Faschismus» ab. Wenn das die Alternative der Gemässigten ist...

● Der Weg zur Demokratie führt über freie Wahlen mit echter Auswahl der Kandidaten und echten Kompetenzen für die Gewählten, Soares verlangt nun Parlamentswahlen, aber die KP hat unmissverständlich klargemacht, dass sie Wahlen solange verhindern will, als ihre Gegner auch wählen dürfen. Und zwar notfalls mit Gewalt. Wollen und können es die nichtkommunistischen Parteien auf die Probe ankommen lassen?

In Portugal gibt es heute zweifellos etliche Möglichkeiten, die vor einem halben Jahr noch nicht sichtbar waren. Aber wie viele von ihnen demokratisch sind, ist noch die Frage. Ihr geht unser Korrespondent in seinem Beitrag nach.

Die neue Uebergangsbregierung in Portugal ist die sechste seit dem Sturz der «sanften» Rechtsdiktatur vor anderthalb Jahren.

Wille der Mehrheit als Interpretation

Es ist keine Koalitionsregierung, sondern «vielmehr eine Regierung der Einheit und der Aktion bestimmter politischer Kräfte», wie der neue (genau dritte) Uebergangsbministerpräsident, Admiral José Pinheiro de Azevedo, sein Kabinett umschrieb. Im weiteren sieht der Admiral, dem prokommunistische Gesinnung nachgesagt wird, in der neuen Regierung den «Interpreten des Mehrheitswillens des portugiesischen Volkes».

Präziser wäre aber zu sagen: Die neue Regierung spiegelt in ihrer Besetzung lediglich die «beschränkte» öffentliche Meinung wider, wie sie bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung (Konstituante) vom vergangenen April zum Ausdruck kam. «Beschränkt», denn die wahlberechtigten Portugiesen hatten damals lediglich die Wahl zwischen linken Parteien und Gruppen, weil die bürgerlichen Christdemokraten zuvor — zusammen mit dem «Linksüberholer», der Bewegung zur Erneuerung der Partei des Proletariats (MRPP) — von den Wahlen ausgeschlossen worden waren. Zur Erinnerung: Die Sozialisten (PSP) von Mario Soares hatten sich dem Ausschluss nicht widersetzt, im Unterschied zu den sozialdemokratischen Volksdemokraten (PPD).

Aus den Wahlen zur Konstituante waren die Sozialisten mit 38 Prozent der Wählerstimmen als überlegene Sieger hervorgegangen, gefolgt von

den Volksdemokraten mit 26 und den Kommunisten (PCP) mit 12 Prozent.

In der neuen Regierung, die in augenscheinlichem Kontrast zur vorherigen Regierung des Kommunisten Vasco Gonçalves steht, wird (hauptsächlich ausserhalb Portugals) eine «Wendung zum Besseren» gesehen, kurz, zur Demokratie — nach westlichem Ermessen. Kann aber diese gewisse Erleichterung von langer Dauer sein? Indizien und vorhandene Tatsachen lassen bereits Gegenteiliges befürchten.

Haben die Kommunisten die jüngste Runde um die Macht verloren? Das Netz der von ihnen besetzten Machtpositionen im Staats- und Gemeinwesen, im Pressewesen, in Radio und Fernsehen sowie in den Gewerkschaften ist unbeschädigt geblieben.

KP-Bereitschaft zum Bürgerkrieg

Anzeichen sind vorhanden, dass die Kommunisten zum Bürgerkrieg rüsten, bereit sind, diesen im gegebenen Augenblick zu provozieren, sollten sich beispielsweise die Sozialisten nicht ihren Wünschen fügen und weiterhin opponieren. (Aber auch die «Armee zur Befreiung Portugals» [ELP] will «bis Jahresende» — notfalls mit bewaffneter Gewalt — einen politischen Wechsel erzwingen, um das ursprüngliche MFA-Programm zu verwirklichen.)

Es kann angenommen werden, dass als nächste Partei die Volksdemokraten verleumdet, diskreditiert werden. Die entsprechende Kampagne ist in Portugal selbst bereits im Gange und wird von den Sowjetblock-Propagandamedien lauthals

unterstützt. («Selbst die Sozialistische Partei von Mario Soares gerät ins Sperrfeuer dieser [...] rechts zentristisch ausgerichteten Partei, die gelegentlich den Sozialisten ihr Zusammengehen mit der Kommunistischen Partei vorhält.» So der Berliner Rundfunk, Ost-Berlin.)

Die sowjetische «Literaturnaja gaseta» lobte dieser Tage die «Wendigkeit», mit der die portugiesischen Kommunisten beim Zustandekommen des «taktischen Kompromisses» die Bildung der neuen Regierung möglich gemacht haben. «Radio Moskau» hingegen meinte, der Kompromiss sei «angesichts der Bedrohung durch die Reaktion» notwendig geworden. Der gleiche Sender warf den Volksdemokraten vor, durch ihr Gebaren «der Reaktion Tür und Tor geöffnet» zu haben. «Radio Moskau» liess Octavio Pato, Mitglied des Zentralkomitees der portugiesischen KP, erklären: «Vor allem mögliche parteiinterne Auseinandersetzungen in der PPD könnten das Funktionieren der neuen Regierung belasten ...

Aber ungeachtet aller Schwierigkeiten und Gefahren bringen die revolutionären Kräfte im zivilen und militärischen Bereich genügend Voraussetzungen mit, um die bedeutendsten Massnahmen der Revolution zu verteidigen.»

Die Demokraten in Westeuropa sind Mario Soares in seinem Kampf für die Demokratie in Portugal Solidarität schuldig, auch wenn er spät kam — vielleicht zu spät. Er, Mario Soares, hat nicht zuletzt deshalb beeindruckt, weil er eine Rückkehr der Sozialisten in die Regierung davon abhängig machte, dass bis spätestens nächsten Februar Parlaments- und Gemeindevahlen stattfinden müssten.

Sperrfeuer gegen Wahlen

Die Frage, was passiert, wenn die Portugiesen bei den jetzt von den Sozialisten so dringlich geforderten Wahlen sich gegen den Sozialismus entscheiden, ist vorderhand hypothetisch. Immerhin muss daran erinnert werden, dass viele Wahlberechtigte im vergangenen April sich für Mario Soares und seine Partei entschieden, weil die Sozialisten noch die «erträglichste» Linkspartei waren. Aber vorerst geht es «bloss» um eine elementare Frage: Wird es überhaupt zu diesen Wahlen kommen? Welche Ausgangschance wird der politische Pluralismus überhaupt erhalten?

(Was die ideologischen Lehrmeister der portugiesischen Kommunisten von Pluralismus halten, das machte dieser Tage zum x-tenmal Radio DDR seinen Hörern in einem Bericht zur Lage in Portugal klar: «Neben den inneren Faktoren stösst die portugiesische Revolution auf den vereinigten Widerstand der internationalen Bourgeoisie, einschliesslich der westeuropäischen Sozialdemokratie. Die Gründe dafür liegen auf der Hand, die Formen und Methoden dieser Einmischung sind hinlänglich bekannt. Beide — Bourgeoisie wie die Sozialdemokratie — wollen im Grunde das Gleiche: sie wollen Portugal dem Kapitalismus erhalten. Das ganze Gerede von pluralistischer Demokratie ist ja nur ein Deckmantel. Pluralistische Demokratie ist selbst nichts anderes als Kapitalismus. ...»)

Der kommunistische Parteichef Alvaro Cunhal machte nach der neuen Regierungsbildung klar, dass er die Forderung nach Wahlen als geradezu unerhört empfindet:

«Es ist merkwürdig, dass zu einer Zeit, da faschistische Gewalt um sich greift, da in weiten Tei-

len des Landes die Freiheiten vernichtet werden . . . , da faschistische Banden sich in zahlreichen Orten plündernd und brennend austoben, da Reaktionäre örtlich wieder an die Macht gebracht werden und die Bevölkerung täuschen, falsch informieren, vergiften, manipulieren und unter Druck setzen, dass also zu einer solchen Zeit die *PPD* — und in gewisser Weise auch die *Sozialisten* — auf Lokalwahlen bestehen und sogar schon ein Datum für allgemeine Wahlen festzusetzen suchen. (. . .)

Die PCP erteilt hiermit ihre *Warnung*, dass sie irgendwelche *Pseudowahlen*, die unter Bedingungen abgehalten werden, wie ich sie gerade beschrieben habe, nicht anerkennen wird. Denn solche Wahlen würden eine Farce sein — würdig der Tage der faschistischen Diktatur, aber unwürdig des heutigen demokratischen Portugals. Als die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung abgehalten wurden, gab es in weiten Regionen des Landes keine *wahre demokratische Freiheit*. Die PCP hat vor einer solchen Lage gewarnt und sie *gebührend entlarvt*. (. . .)

Mit doppelter Berechtigung wiederholen wir unsere Warnung, dass wir entschieden gegen die Abhaltung von Wahlen sind, wenn nicht die demokratischen Grundfreiheiten gewährleistet sind. . . . Bevor wir über Wahlen reden, müssen wir über die *wirkliche Einsetzung* der Freiheiten sprechen.»

Alvaro Cunhal zufolge ist die «portugiesische Revolution nunmehr so umfassend, dass es unmöglich ist, dass sie wieder in den *engen Rahmen der Sozialdemokratie* aufgenommen wird». Und im Falle des Gegenteils? «Sie (die reaktionären und konservativen Kräfte) würden sich den Aktionen der revolutionären Kräfte — *zivil* und *militärisch* — gegenübersehen, die fest entschlossen sind, die Freiheiten und die seit dem 25. April erzielten *historischen Errungenschaften* zu verteidigen.»

Der politische Spielraum der neuen Regierung ist auch schon vom mächtigen Chef des so-

nannten kontinentalen operativen Kommandos (Copcon), der militärischen Sonderschocktruppe, General Saraiva Otelo de Carvalho, festgelegt worden. Bevor der General auf Visite nach Schweden flog, warnte er, die neue Regierung könne nur solange mit seiner Unterstützung rechnen, als sie sich «vollständig von der Rechten isoliere». Sollte «sozialdemokratischen Gelüsten» nachgegeben werden, sei er, Otelo de Carvalho, bereit, notfalls mit bewaffneter Gewalt zu intervenieren.

Die «gemässigten» Offiziere

Es drängt sich die Frage auf, wie es denn um die «gemässigten» ranghohen Offiziere, den sogenannten Kreis der Neun um Major Melo Antunes, bestellt sei.

Zwei der gewichtigsten Mitglieder dieses «Neuner-Klubs», der wesentlich zum Sturz von Vasco Gonçalves vom Amt des Ministerpräsidenten beigetragen hat, seien zitiert.

Hauptmann Vasco Lourenço erklärte im Namen dieser Offiziere gegenüber dem «Jornal de Noticias» (Porto) — von Radio Lissabon am 14. September verbreitet: «Wir lehnen eine Sozialdemokratie ab. In diesem Land ist es nicht möglich, das Problem mit Hilfe einer sozialdemokratischen Linie zu lösen. Wir akzeptieren die *Theorie der Ausbeutung von Marx*. Wir zögern nicht im geringsten, das zu sagen.»

Die neun Offiziere hoffen, «in spätestens drei Jahren den Sozialismus durch die Uebernahme der Macht durch die Arbeiter, durch Räteregierungen auf lokaler Ebene verwirklicht zu haben. Dann werden wir die grösste sozialistische Revolution haben, die jemals in der Welt stattgefunden hat».

Und General Carlos Fabiao, Chef des Heeres: «Eine sozialdemokratische Option würde über kurz oder lang in eine faschistische Diktatur führen.»

Undurchsichtig scheint vielen die Haltung von Staatspräsident Francisco da Costa Gomes zu



Mario Soares.

sein (erzogen in der Jesuitenschule Santo Tirao und Schüler des Mathematikprofessors Rui Gomes*, von dem es in Portugal heisst, er habe «viele Kommunisten herangebildet»). In einem der jugoslawischen Nachrichtenagentur Tanjug am 5. September gewährten Gespräch (das dann später *nur in serbo-kroatischer Uebersetzung* verbreitet wurde), beklagte Costa Gomes den westlichen Druck auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Lage in Portugal werde von der «*Mehrheit der westlichen Staaten*» durch eine Brille gesehen, welche die «*wirkliche Lage*» in Portugal verzerre.

«Was die östlichen Staaten und die Länder der Dritten Welt angeht, so können wir sagen, dass wir bei ihnen keinem Druck ausgesetzt sind, im Gegenteil, wir erfahren *viel Verständnis* für die Lage. Wir bemühen uns um engere soziale, wirtschaftliche und kulturelle Bande sowie einen grösseren Handel mit allen Völkern, und jetzt besonders mit denen im Osten und der Dritten Welt.»

In diesem Gespräch bedauerte der portugiesische Staatspräsident, dass es «während der vergangenen zwei Monate Angriffe auf Büros der *fortschrittlichsten Parteien*, vor allem der Kommunistischen Partei, der Portugiesischen Demokratischen Bewegung (MDP/CDE — die PCP-Satellitenpartei) und der Sozialistischen Linken (ebenfalls eine PCP-Tarnpartei) gegeben hat».

In Portugal «regiert» — zurzeit — eine Regierung «bestimmter politischer Kräfte» . . . ■

* Rui Gomes verzichtete 1961 auf eine Bewerbung bei den Präsidentschaftswahlen zugunsten von General Delgado, dem Kandidaten der «Vereinigten Opposition». Zu jenem Zeitpunkt war Costa Gomes in eine Verschwörung gegen Salazar verwickelt — und wurde dafür vom späteren Salazar-Nachfolger Marcello Caetano mit dem Posten eines Gouverneurs von Angola belohnt. In dieser Eigenschaft war Costa Gomes auch Kommandant der dortigen (angolischen) geheimen Staatspolizei (PIDE, später DGS).

Zur Niederwerfung des von Kongo-Kinshasa (heute Zaire) aus geförderten Aufstandes der Bakongo zog Costa Gomes seinen Freund Antonio de Spínola bei. Die beiden hatten einander übrigens von Jugend auf gekannt; nur dass Costa Gomes bereits als Schüler den Uebernamen «Kleiner Judas» hatte, wogegen man Spínola den «Gerechten, Unerschrockenen, aber Eitlen» nannte.



Wer unterrichtet wen? MFA-Angehörige bei der Bevölkerung in Nordportugal.

(Bild: «Horizont», Ost-Berlin)